



Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,



seit Anfang des Jahres 2018 sind wir der ver.di Bezirk „Westfalen“. Die bisherigen ver.di Bezirke Dortmund mit Lünen und Castrop-Rauxel sowie Hamm/Unna und Hellweg-Hochsauerland sind jetzt in dem neuen Bezirk Westfalen vereint. Somit vertreten wir nun rund 10.000 ver.di Seniorinnen und Senioren in den Städten Dortmund und Hamm sowie in den Kreisen Hamm, Unna, dem Kreis Soest und dem Hochsauerlandkreis. Im Rahmen der diesjährigen Organisationswahlen haben wir in unserem Bezirk einen Bezirkssenioren-ausschuss, bestehend aus aktiven Seniorinnen und Senioren aus allen Teilen unseres Bezirkes gewählt. Gemeinsam werden wir die bezirkliche Seniorenarbeit gestalten auch weiterhin örtliche Angebote für euch bereithalten. Ich wünsche mir mit all unseren Kollegen und Kolleginnen eine gute Zusammenarbeit und einen fairen Umgang miteinander. Ich bedanke mich bei allen für die Treue zu unserer Gewerkschaft. „Im Grunde sind es immer die Verbindungen mit Menschen, die dem Leben einen Wert geben“.



*Ich wünsche allen  
unseren Mitgliedern,  
sowie ihren Angehörigen  
gesegnete Weihnachten  
und alles Gute  
für das Jahr 2019,  
vor allen Dingen  
Gesundheit.*

**Agnes Hein**  
Vorsitzende



## Weihnachten nach dem Kriege (1918)

So steh ich nun vor deutschen Trümmern  
und sing mir still mein Weihnachtslied.  
Ich brauch mich nicht mehr drum  
zu kümmern, was weit in aller Welt  
geschieht.

Die ist den andern. Uns die Klage.  
Ich summe leis, ich merk es kaum,  
die Weise meiner Jugendtage:  
O Tannebaum!

Wenn ich so der Knecht Ruprecht wäre  
und käm in dies Brimborium  
- bei Deutschen fruchtet keine Lehre -  
weiß Gott! ich kehrte wieder um.  
Das letzte Brotkorn geht zur Neige.  
Die Gasse gröhlt. Sie schlagen Schaum.  
Ich hing sie gern in deine Zweige,  
o Tannebaum!

Ich starre in die Knisterkerzen:  
Wer ist an all dem Jammer schuld?  
Wer warf uns so in Blut und Schmerzen?  
uns Deutsche mit der Lammsgeduld?  
Die leiden nicht. Die warten bieder.  
Ich träume meinen alten Traum:  
Schlag, Volk, den Kastendünkel nieder!  
Glaub diesen Burschen nie, nie wieder!  
Dann sing du frei die Weihnachtslieder:  
O Tannebaum! O Tannebaum!

Kurt Tucholsky



# Großer Wurf oder Flickschusterei mit ungewissem Ausgang?

*Zu den aktuellen rentenpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung*

*„Die Rente muss für alle Generationen gerecht und zuverlässig sein. Dazu gehören die Anerkennung der Lebensleistung und ein wirksamer Schutz vor Altersarmut.“*

*- Aus dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition -*

Am 8. November 2018 hat der Bundestag mit der Stimmenmehrheit der Großen Koalition sein erstes Rentenpaket beschlossen. Positiv zu vermerken ist,

- dass der Sinkflug des Rentenniveaus zunächst bis zum Jahre 2025 aufgehalten wird,
- dass es 2019 nochmals Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente geben wird,
- dass Elternteile für die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern ein weiteres halbes Kindererziehungsjahr anerkannt bekommen und
- dass eine Entlastung von Geringverdiener(inne)n bei den Sozialabgaben erfolgt.

In diesen Zusammenhang gehört auch die bereits am 3. Mai 2018 eingesetzte Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ (Rentenkommission), an der auch der DGB beteiligt ist. Sie soll bis März 2020 ein Konzept vorlegen wie es nach 2025 weitergeht.

Es gibt aber auch berechtigte Kritik. Nach den aktuellen Beschlüssen des Bundestages soll das Rentenniveau bis zum Jahre 2025 nicht unter 48 % fallen. Im Jahre 2004 lag das Rentenniveau noch bei 53 %. Aktuell liegt es bei 48 % und bis zum Jahre 2030 würde es auf 43 % absinken, wenn nichts geschieht! – Hierzu seien folgende Anmerkungen erlaubt:

- Diese Entwicklung ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Die „untere Haltelinie“ von 48 % bedeutet, dass der Rentenabbau der letzten 15 Jahre auf niedrigem Niveau festgeschrieben wird.
- Entgegen den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag wurde die Ren-



tenanpassungsformel nicht geändert. Mit einer veränderten Formel hätte das Ziel eines stabilen Rentenniveaus eine klare mathematische Grundlage erhalten.

- Der Begriff „Rentenniveau“ und die Prognose eines Absturzes auf 43 % wurde von interessierten Kreisen ursprünglich dazu genutzt, das Vertrauen in die gesetzliche Rente zu erschüttern und der Kampagne für private Altersvorsorge ein „überzeugendes“ Argument zu liefern.
- Die Argumentation mit dem „Rentenniveau“, womit das Nettorentenniveau vor Steuern gemeint ist, übergeht die Tatsache, dass der Besteuerungsanteil der Rente schrittweise angehoben und bis zum Jahre 2040 zu 100 % der Besteuerung unterworfen wird.
- Schon heute erreichen über 60 % der abhängig Beschäftigten noch nicht einmal die Durchschnittsrente.

Die „untere Haltelinie“ von 48 % wird nicht ausreichen, um zu einer armutsfesten und auskömmlichen Rente zu kommen.

Die unter der Überschrift „Doppelte Haltelinie“ gleichzeitig beschlossene

„obere Haltelinie“ von 20 % für den Beitragssatz bis zum Jahre 2025 ist ebenfalls kritisch zu sehen. – Wird diese „obere Haltelinie“ erreicht, wird der Ruf nach Leistungskürzungen wohl wieder laut werden. Die finanzielle Absicherung dieses Deckels auf den Beitragssatz bedeutet zudem eine Abwälzung der Belastungen auf die Beschäftigten.

Neben der „doppelten Haltelinie“ sind auch die anderen Elemente des Rentenpakets nicht frei von Problemen:

- Mit der Anrechnung eines weiteren halben Kindererziehungsjahres für vor 1992 geborene Kinder durch die sog. Mütterrente II wird lediglich eine Gerechtigkeitslücke geschlossen, welche die Bundesregierung in der vorigen Legislaturperiode selbst erzeugt hat. Besonders kritikwürdig ist hier, dass die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Kindererziehung aus Beitragsmitteln statt aus Steuermitteln finanziert wird.
- Die Verlängerung der Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente gilt nur für die neuen Fälle. Außerdem werden hier die sozialpolitisch nicht zu rechtfertigenden Abschläge beibehalten.
- Die Entlastung von Geringverdiener(inne)n bei den Sozialabgaben durch Ausdehnung des sog. Einstiegsbereichs führt zu Beitragsausfällen in den Sozialversicherungen ohne Ausgleich aus Steuermitteln und zu arbeitsmarktpolitischen (Fehl-) Anreizen in Richtung einer weiteren Ausweitung des Niedriglohnssektors.

Altersarmut und lebensstandardsenkende Renten sind ein sozialer Skandal. Eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie eine am Fortschritt der Arbeitsproduktivität orientierte Einkommens- und Verteilungspolitik könnten hier eine gesellschaftspolitische Umkehr einleiten. Wir brauchen eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard sichert. Hierzu muss die Absenkung des Rentenniveaus aufgehalten, der Prozess umgekehrt und eine dauerhafte Anhebung des Rentenniveaus erreicht werden.

**Peter Kremer**





## Pflegepersonal Stärkungsgesetz – mehr Schein als Sein!

*Wir erinnern uns: 2017 waren tausende ver.di- KollegInnen aus den Kliniken für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen auf der Straße. Und in der Berliner Charité waren Krankenschwestern- und Pfleger soweit, dafür in den Arbeitskampf zu ziehen.*

Was in der Charité und auch im Saarland begann, setzte sich 2018 in den Universitätskliniken Düsseldorf und Essen, in Homburg und in Augsburg fort. Über 12 Wochen (!) streikten die Kolleginnen in Essen und Düsseldorf erfolgreich für mehr Personal. 180 KollegInnen wurden dort jeweils erstreikt. Der Pflegenotstand in den Krankenhäusern, aber auch in den Pflegeheimen war bundesweit in den Schlagzeilen. Der neu gewählte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel versprachen deutliche Besserungen für die Pflege und reagierten mit dem nun vom Bundestag beschlossenen Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, das ab dem 01. Januar 2019 gilt.

### Hier die Hauptaussagen:

- 13.000 Stellen sollen in der stationären Altenpflege neu geschaffen und von der gesetzlichen Krankenkasse ohne finanzielle Beteiligung der Pflegebedürftigen finanziert werden. Jede zusätzliche oder aufgestockte Pflegestelle am Krankenhausbett soll künftig vollständig von den Kostenträgern (GKV und PKV) refinanziert werden, um die

Personalausstattung in der Pflege zu verbessern. Die Finanzierung der Pflegepersonalkosten der Krankenhäuser wird ab dem Jahr 2020 auf eine neue, von den Fallpauschalen unabhängige, krankenhausindividuelle Vergütung umgestellt.

- Ab 2020 soll auf der Basis eines „Pflegequotienten“ die Pflegepersonalausstattung geregelt werden. Personaluntergrenzen sollen eingeführt werden. In einer Verordnung sollen zudem Sanktionen für die Krankenhäuser festgelegt werden, die danach eine bestimmte Mindestpersonalausstattung nicht erfüllen.

Diese Maßnahmen sind nur ein kleiner Schritt, hin zur Verbesserung der Situation in den Kliniken und Pflegeheimen. Die geplanten 13.000 Stellen für die stationäre Altenpflege sind viel zu wenig! Das ist nicht mal eine Pflegekraft pro Einrichtung! Auch die von Bundesgesundheitsminister Spahn per Verordnung erlassenen minimalen Pflegepersonaluntergrenzen in Krankenhäusern sind kein geeignetes Mittel, um Patientensicherheit zu gewährleisten! Zudem gelten die viel

zu niedrigen Untergrenzen nur in vier klinischen Bereichen und müssen lediglich im monatlichen Durchschnitt erreicht werden. Das ist staatlich legitimer Pflegenotstand! Gute Versorgung oder Entlastung der Pflegekräfte werden so überhaupt nicht erreicht. Statt Scheinlösungen und Verschiebeparkplätze werden verbindliche gesetzliche Personalvorgaben in allen Krankenhausbereichen gebraucht, die sich am tatsächlichen Pflegebedarf orientieren! Also, wer geglaubt hat, dass sich mit dem neuen Pflegepersonal-Stärkungsgesetz etwas grundsätzlich am Pflegenotstand geändert hätte- täuscht sich leider erheblich!

**Jochen Killing**



### ZWEI WICHTIGE TERMINE IM KOMMENDEN JAHR:

#### Die Europawahl 2019

Das Europäische Parlament wird als einziges EU-Organ alle fünf Jahre demokratisch von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt. Die nächste Europawahl findet am 26. Mai 2019 statt. Aus Deutschland ziehen 96 Europaabgeordnete ins Europäische Parlament ein. Insgesamt werden 705 Europaabgeordnete gewählt.

#### Das Fundament unseres Zusammenlebens: 70 Jahre Grundgesetz

Im kommenden Jahr wird das Grundgesetz 70 Jahre alt. Es ist die Grundlage unseres Staates, unseres Zusammenlebens – und umso bedeutsamer, wenn in einer vielfältigen Gesellschaft immer weniger Menschen kulturelle Wurzeln und Traditionen teilen.

## Christoph Butterwegge füllte den Saal

*Zum Brennpunkt-Forum der ver.di-Senioren in Dortmund am 27. September 2018 waren viele Mitglieder gekommen.*

Ein Jahr nach der Bundestagswahl hat Prof. Dr. Christoph Butterwegge, deutscher Politikwissenschaftler und Armutsforscher, die Ursachen und Folgen des Erfolgs der AfD analysiert. Die soziale Frage und die Spaltung in Arm und Reich sind laut Butterwegge das Kardinalproblem unserer Gesellschaft und gehören statt der Migration ins Zentrum der öffentlichen Diskussion. Ferner stellte er fest, dass es bei der AfD keine größeren Schwach- und Leerstellen als die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik gibt und belegte dies durch Hinweise auf ihre praktische Parlamentsarbeit, welche sich gegen die Interessen von Arbeitnehmern, Rentnern und Sozialschwache richtet. Deshalb plädierte der Referent für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und warb im Schulterchluss mit den Gewerkschaften für eine Agenda der Solidarität.



*Jochen Killing*

## Stammtischkämpfer gesucht

*Mit Blick auf die kommenden Wahlen wollen wir uns mit dem Rechtspopulismus und dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft sowie deren Folgen auseinandersetzen und bieten daher eine „Stammtischkämpfer-Schulung“ an.*

Wir alle kennen das: In der Diskussion mit Arbeitskollegen, dem Gespräch mit der Tante oder beim Grillen im Sportverein fallen Sprüche, die uns die Sprache verschlagen. Später ärgern wir uns, denken, da hätten wir gerne den Mund aufgemacht, widersprochen, die rechten Parolen nicht einfach so stehen lassen. Hier wollen wir ansetzen und Menschen in die Lage versetzen die Schrecksekunde zu überwinden, Position zu beziehen und deutlich zu machen: Das nehmen wir nicht länger hin!

Dazu wollen wir uns in Trainings mit Strategien beschäftigen, die uns in die Lage versetzen, den rechten Parolen Paroli zu bieten. Unsere Alternative heißt Solidarität – gegen Ausgrenzung und Rassismus.

**Die nächste „Stammtischkämpfer-Schulung“ findet am 30.03.2019 im ver.di-Haus in Dortmund statt.**



## TERMINE

### ver.di Stammtisch

- **jeden 1. Montag des Monats**  
**Beginn: 10.00 Uhr**  
Ort: Hansmann-Haus,  
Nähe Südbad  
(Haltestelle Stadthaus)

### Seniorengruppe Lippstadt

- **jeden 2. Dienstag des Monats**  
**Beginn: ????? Uhr**  
Ort: Mehrgenerationenhaus  
Mikado, Goerdelerstraße 70,  
59557 Lippstadt

### Beratungstermine

- **im ver.di Haus**  
Königswall 36,  
44137 Dortmund,  
Telefon 02 31 / 91 30 000

### Rentenberatung

- **dienstags in Lünen**
- **mittwochs in Dortmund**  
Nach telefonischer  
Terminabsprache.

### Schwerbehindertenberatung

- **montags in Dortmund**  
Nach telefonischer  
Terminabsprache.

### Internetseiten

- [www.senioren.verdi.de](http://www.senioren.verdi.de)
- [www.westfalen.verdi.de](http://www.westfalen.verdi.de)

### IMPRESSUM

**VERANTWORTLICH i.S.d.P.**  
ver.di Westfalen  
Wolfgang Schlenke  
Königswall 36 · 44137 Dortmund

### REDAKTION

Ingrid Vosseler, Jochen Killing,  
Jürgen Erbe, Barbara Köster-Ewald,  
Peter Kremer

### PRODUKTION

2print Dortmund  
info@2-print.net · www.2-print.net